

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 04.06.2007
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 1281)

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Markus Jasper	48619 Heek	
Frau Elisabeth Lindenhahn	46348 Raesfeld	Vertretung für Frau Gerti Tanjsek
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Herr Johannes Maus	46342 Velen	
Frau Gerda-Marie Möller	48734 Reken	Vertretung für Herrn Josef Leinen
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Herr Heinz-Josef Tönnies	46359 Heiden	Vertretung für Frau Stephanie Pohl
Herr Gerd Welper	48691 Vreden	Vertretung für Frau Gertrud Welper
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Dr. Gerhard Ettliger
Herr Reinhard Groschke
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Frau Susanne Lökes
Herr Jürgen Ahlte
Frau Reinhild Wantia
Frau Regina Kasteleiner
Frau Häming-Rekers
Herr Jürgen Bietenbeck

den unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung folgende Angebote ausgewählt:

Zielgruppe	Angebotsidee	Anbieter	Kosten in Euro
Allein lebende Ältere	Individuelle ehrenamtliche Unterstützung	Familientlastender Dienst St. Andreas, Velen	8.000,-
		Verein Leben im Alter e.V., Bocholt	15.750,-
		Sozialdienst katholischer Frauen Ahaus und Vreden e.V.	17.500,-
		Betreuungsverein Gronau und Umgebung e.V.	20.000,-
Ältere Menschen mit pflegenden Angehörigen	Mobile Wohnraumberatung	DRK Soziale Arbeit und Bildung gGmbH, Borken	17.900,-
		Verein Leben im Alter e.V., Bocholt	25.300,-
Ältere Menschen mit Demenz	Beratung/ Entlastungsangebote	Ev. Lukas-Krankenhaus Gronau gGmbH	20.000,-
	Café Kleeblatt	Caritasverband für das Dekanat Borken e.V.	23.046,11
		Caritasverband für das Dekanat Ahaus	15.000,-
Ältere Menschen im Krankenhaus	Pflegewerkstatt	Ev. Lukas-Krankenhaus Gronau gGmbH und DRK Soziale Arbeit und Bildung gGmbH	19.400,-
		Krankenhaus Maria Hilf gGmbH und Caritasverband für das Dekanat Ahaus und Vreden	33.650,-
	Entlassungsmanagement mit individueller Begleitung	St. Marien-Krankenhaus Ahaus-Vreden GmbH, Ahaus	33.650,-
Summe:			249.196,11

Damit entstehen für die Förderung von Angeboten zur Übertragung bewährter Angebotsideen Gesamtkosten von 249.196,11 Euro.

- Die nicht verwendeten Mittel in Höhe von 14.329,89 Euro stehen für die weitere Verwendung im Projekt zur Verfügung.

**Punkt 2: 1. Controllingbericht 2007 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -
Vorlage: 0109/2007**

Berichterstatter: Herr Groschke
Herr Dr. Ettlinger

Herr Groschke erläutert kurz die auf Seite 6 dargestellten wesentlichen Änderungen beim Budget 01 – Soziales.

Auf Nachfragen des Mitglieds Schulte erklärt Frau Lökes zu dem Ziel 2 „Schaffung von zukunftssichernden Ausbildungsplätzen“, dass die Ausweitung der Clearingstelle in Bocholt darin bestünde, dass erstens die Kommunen Rhede und Isselburg an die bestehende Clearingstelle angebunden würden und zweitens unter Akquirierung von Fördermitteln des Bundesprogrammes „Kompetenzagentur“ eine vergleichbare Clearingstelle in Ahaus initialisiert werden solle. Das Projekt „Ausbildungslotse“ soll i. R. v. Fördermitteln der Bundesagentur für Arbeit für vertiefte Berufsorientierung umgesetzt werden.

Zielgruppe sind Schüler der Entlassjahrgänge an den Hauptschulen, die besonderen Beratungs- und Betreuungsbedarf an der Schwelle Übergang Schule – Beruf aufweisen.

Es bestehe jedoch noch viel Abstimmungsbedarf sowohl mit den Schulen als auch mit den Schulträgern. Sobald das Konzept konkretere Formen aufweise, werde man es im Ausschuss vorstellen.

Zum Ziel 4 „Intensivierung der Koordinationsaufgaben und Netzwerkarbeit im Bereich der psychiatrischen und Suchtkrankenversorgung“ des Budgets 04 – Gesundheit weist Frau Wantia auf die ausliegenden neu erschienenen Broschüren über Angebote und Hilfen für Menschen mit psychischer Erkrankung im Kreis Borken

- kontakt-freizeit-beratung
- arbeit-beschäftigung
- betreutes wohnen

hin. (Für Ausschussmitglieder, die nicht an der Sitzung teilgenommen haben, sind entsprechende Exemplare als weitere Anlagen zur Niederschrift beigelegt.)

Mitglied Welper regt an, zum Ziel 3 „Früherkennung und Frühtherapie von Depressionen“ auch Hausärzte und die Lebens- und Eheberatungsstelle des Caritasverbandes mit einzubeziehen. Die Einbeziehung der Hausärzte hält Frau Wantia für sinnvoll und wird diese Anregung weiterleiten. Die Arbeit der Lebens- und Eheberatungsstelle befasse sich jedoch mit diesem Problembereich nur peripher.

Auf die Frage des Mitglieds Lindenhahn, wer an den Tagen der Seelischen Gesundheit teilnehme, antwortet Herr Dr. Ettlinger, dass sowohl Betroffene als auch Angehörige dieses Angebot annähmen. Frau Wantia ergänzt hierzu, dass diese Maßnahme in erster Linie präventiver Natur sei und diejenigen ansprechen solle, die derzeit noch nicht erkrankt seien. Bei den aktuell geplanten Tagen der Seelischen Gesundheit handele es sich um eine gezielte Aktion mit einer pharmazeutischen Firma über drei Tage, bei der über die unterschiedlichen Medikamente beraten werde. Man verspreche sich sehr viel davon, da viele Betroffene einer

medikamentösen Behandlung u. a. wegen der häufigen Gewichtszunahme kritisch gegenüber stehen würden.

Vorsitzender Stilkebäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 30.04.2007 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Maßnahmenplanung 2008 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -
Vorlage: 0104/2007**

Berichterstellerinnen: Frau Gausling
Frau Wantia

Mitglied Ludwig beantragt für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu verschieben, da die Maßnahmenplanung bereits Zeichen für die Haushaltsplanung setze, der interfraktionelle Arbeitskreis erst Ende Juni tage und Entscheidungen teilweise auf (die noch nicht zu großen) Erfahrungen aus 2007 abstelle.

Herr Haßenkamp weist auf die Schwierigkeit hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 12.09.2007 stattfinde und der Kreisausschuss bereits am 13.09.2007 tage. Mit der Einladung zum Kreisausschuss müsste dann die jetzige Vorlage verschickt und die Ergebnisse aus der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit mündlich im Kreisausschuss vorgetragen werden. Außerdem sei laut einem Kreistagbeschluss die Planung derart vorgesehen, dass im Sommer die Ziele für das nächste Jahr vereinbart würden.

Vorsitzender Stilkenbäumer unterbereitet den Vorschlag, die Sitzungsvorlage zu beraten und gegebenenfalls Änderungswünsche in den Fraktionen zu formulieren. Konkret könnten diese dann in der nächsten Kreisausschusssitzung eingebracht werden. Darüber hinaus hat jede Fraktion die Möglichkeit, zu allen Sitzungen des Ausschusses Änderungswünsche vorzutragen. Dieser Vorschlag wird von der SPD-Fraktion akzeptiert.

Die Maßnahmenplanung wird seitenweise durchgegangen, besprochen und beraten.

Mitglied Schulte kündigt zum Thema Pflegeberatung (Seite 5) einen Antrag der SPD-Fraktion an, da diese seit dem Wegfall der Landesmittel teilweise nicht mehr stattfinde. Sie bittet

diesbezüglich um Informationen, mit welchen Stellenanteilen in den Kommunen des Kreises Borken diese Aufgabe wahrgenommen werde.

Mitglied Zurhausen begrüßt für die CDU-Fraktion die bisherige Arbeit des Ampel-Teams. Diese Arbeit müsse aus Sicht der CDU eine Fortsetzung finden. Da die Förderung für das Ampel-Team auslaufe, wird die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag zur Weiterführung und Ausgestaltung der geplanten Maßnahme zu erarbeiten.

Zu der neuen Aufgabe „Übernahme von Aufgaben der Versorgungsverwaltung“ (Seite 7) bittet Mitglied Daberkow um einen Sachstandsbericht zu der Übertragung der Aufgaben in der nächsten Sitzung.

Auf Nachfrage des Mitglieds Schulte erläutert Herr Dr. Ettliger, dass das erste Ziel des Euregionalen Servicezentrums für Gesundheit (ESG) (Seite 11) eine Verbesserung der Zusammenarbeit gleichartiger Leistungsstellen auf beiden Seiten der Grenze gewesen sei, das zweite Ziel sei nunmehr der Abbau von Bürokratiehürden, die mit der Inanspruchnahme von gesundheitlichen Leistungen im Nachbarland unstrittig vorhanden seien.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt der Maßnahmenplanung 2008 für die Fachbereiche 50 – Soziales – und 53 – Gesundheit – zu.

Punkt 4: Überörtliche Prüfung des Kreises Borken durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 0110/2007

Berichterstatter: Herr Groschke

Einführend macht Herr Groschke darauf aufmerksam, dass die vielfältigen positiven Anmerkungen der GPA nicht aufgeführt worden seien. Man habe sich darauf beschränkt nur die von der GPA gemachten Handlungsempfehlungen – welche größtenteils bereits abgearbeitet worden seien – darzustellen.

Herr Dr. Ettliger bittet um Verständnis dafür, dass der Prüfbericht für den Fachbereich Gesundheit erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten werde, es bestehe noch ein Abstimmungsbedarf mit dem Vorstand.

Mitglied Ludwig fragt nach, ob der vorgeschlagene Beschluss erforderlich sei oder ob nicht eine Kenntnisnahme durch den Fachausschuss ausreiche.

Herr Haßenkamp macht darauf aufmerksam, dass man dieses Prozedere vereinbart habe und das fachliche Feedback aus dem Fachausschuss in die letztendliche Beschlussfassung mit einfließe. Das Prüfungsverfahren sei gänzlich anders als die frühere Gemeindeprüfung. Es gehe hier vorrangig um wirtschaftliche Aspekte, ähnlich einer Wirtschaftsprüfung, und nicht um fachliche Fragen. Interessant sei jedoch das Ergebnis für die Positionierung des Kreises Borken in Bezug auf andere Landkreise.

Stilkenbäumer mahnt an, dass es auch darum gehe, der Verwaltung den Rücken zu stärken.

Mitglied Ludwig beantragt, dass zumindest separat über die einzelnen Punkte abgestimmt werde. Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf zu der laufenden Nummer 50.1 abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu der laufenden Nummer 50.1 an.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf zu der laufenden Nummer 50.2 abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu der laufenden Nummer 50.2 an.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf zu der laufenden Nummer 50.3 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu der laufenden Nummer 50.3 an.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf zu der laufenden Nummer 50.4 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zu der laufenden Nummer 50.4 an.

**Punkt 5: SGB II
Herausgabe eines Newsletters
Vorlage: 0120/2007**

Berichterstatter: Herr Ahlte

Herr Haßenkamp verweist auf den ausgelegten ersten Newsletter; diesem sollen in unregelmäßigen Abständen weitere Newsletter folgen. (Für nicht anwesende Ausschussmitglieder ist ein Exemplar als weitere Anlage zur Niederschrift beigelegt.)

Der Wettbewerb der unterschiedlichen Organisationsformen im SGB II sei im vollen Gange und es sei notwendig, die Leistungsfähigkeit der Optionskommunen deutlich darzustellen. Insoweit sei es unumgänglich selbst auf die Leute zuzugehen und Meinungsbildner zu informieren.

Herr Ahlte ergänzt hierzu, dass es darum gehe die eigenen Stärken hervorzuheben und nicht einen Schlagabtausch mit der Agentur für Arbeit zu veranstalten. Zu der Frage der Kosten führt er aus, dass 200 Druckexemplare erstellt würden und die Verbreitung hauptsächlich auf elektronischem Wege erfolgen werde. Die Kosten würden – wie bei der Argen auch – aus den Bundesmitteln finanziert.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Herausgabe eines Newsletters im SGB II zur Kenntnis.

Punkt 6: Bürgerarbeit

**Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007
Vorlage: 0100/2007**

Berichterstatterin: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Nachdem Mitglied Schulte kurz den Antrag der SPD-Fraktion erläutert, stellt Frau Lökes anhand von Folien den Modellversuch „Bürgerarbeit“ aus Sachsen-Anhalt sowie eine mögliche Übertragung des Versuches auf den Kreis Borken dar.

Die gezeigten Folien sind als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Eine Entscheidung wird nach diesen Informationen nicht erwartet und daher auch nicht getroffen. Die von Frau Lökes erteilten Informationen sollen der Vorlage zu der Kreis Ausschuss- und Kreistagssitzung beigelegt werden und damit den Fraktionen zur Beratung zur Verfügung stehen.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 7.2: Kreispflegekonferenz

Die Kreispflegekonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 7.3: Brustkrebsvorsorgeuntersuchung

Herr Dr. Ettliger beantwortet die vom Mitglied Schulte in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 08.05.2007 gestellten Fragen (TOP 5.1) wie folgt:

Finanzielle Probleme der Brustzentren

In der o. a. Angelegenheit habe er mit Herrn Nientiedt von der Geschäftsführung des Brustzentrums Westmünsterland Ahaus/Bocholt Rücksprache gehalten.

Finanzielle Probleme seitens des Brustzentrums Westmünsterland mochte Herr Nientiedt nicht bestätigen. Die Krankenkassen würden ihre finanziellen Beiträge ohne Probleme leisten.

Die Mitarbeiter des Brustzentrums wären hochmotiviert und engagiert und würden zahlreiche Überstunden ableisten.

Das Screening-Programm im Kreis Borken**Inanspruchnahme der mobilen Mammographieeinheit zur Versorgung des Kreises Borken****- Mamamobil –**

Alle Frauen von 50 bis 69 Jahren würden von einer öffentlichen Stelle, der Zentralen Stelle in Münster, zur Mammographie anhand von Daten des Melderegisters persönlich und schriftlich unter Angabe des Ortes und des Termines der Untersuchung eingeladen. Den in dem Einladungsschreiben vorgeschlagenen Termin könnten die Frauen bei der Zentralen Stelle unter der Telefonnummer des Info-Telefons: 0251/929 5000 verlegen.

Die Untersuchung finde für Frauen aus Bocholt, Rhede, Isselburg seit dem 07. März 2006 in der festen Mammographie-Einheit im St. Agnes-Hospital Bocholt statt. Dort befinde sich auch das Screening-Büro, Tel.: 02871/23 793 51.

Alle anderen Frauen des Kreises Borken würden in die mobile Einheit, das sogenannte „Mamamobil“ eingeladen, das beginnend mit dem 10. Juli 2006 innerhalb von 2 Jahren durch die übrigen Städte und Gemeinden des Kreises Borken fahren werde. Im Mamamobil sei eine Untersuchung ohne Termin nicht möglich.

50 bis 60% der angeschriebenen Frauen würden im Schnitt das Angebot dieser beiden Einrichtungen annehmen.

Auslastung im Jahre 2006

Feste Einrichtung St. Agnes-Hospital Bocholt	61%
Mamamobil	55%

Auslastung 2007 bis 30.04.07

Feste Einrichtung St. Agnes-Hospital Bocholt	55%
Mamamobil	60%

Punkt 7.4: Impfkampagne im Kreis Borken

Frau Kasteleiner berichtet darüber, dass die Impfkampagne 2007 nunmehr abgeschlossen sei. Mit dem Impfmobil seien alle 8 weiterführenden Schulen in Gescher und Vreden aufgesucht worden. Von den insgesamt 3.247 Schülern hätten 2.128 Schüler ihren Impfausweis beigebracht. Das seien insgesamt 66 %. Das gewünschte Ziel seien 75 % gewesen, die auch erreicht worden wären, wenn nicht eine Schule mit einer großen Schülerzahl mit einer sehr geringen Beteiligung von 36 % aus dem Rahmen gefallen wäre. Die Beteiligung in Gescher habe 55 % und in Vreden 71 % betragen.

Die Aktion sei derart abgelaufen, dass die Eltern durch ein Anschreiben über die Impfkampagne aufgeklärt worden seien. Dann wären 1- 2 Wochen vor dem Impftermin durch die Lehrkräfte die Impfausweise eingesammelt und vom Fachdienst Gesundheit kontrolliert worden. Dabei habe sich die Kontrolle nicht nur auf Mumps, Masern und Röteln beschränkt. Am Impftag seien nur die Impflinge für einen Zeitraum von ungefähr 15 Minuten aus dem Unterricht geholt worden. Sofern Impfempfehlungen ausgesprochen worden seien, habe man die Hausärzte um anonymisierte Rückmeldefaxe gebeten.

Bei 421 Schülern sei ein unzureichender Impfschutz dokumentiert worden. Davon seien 310 durch den Fachbereich Gesundheit und 19 durch niedergelassene Ärzte geimpft worden.

Bei insgesamt 992 Impfempfehlungen seien bisher 129 Rückmeldefaxe eingegangen, mit weiteren Eingängen werde jedoch gerechnet.

Abschließend weist Frau Kasteleiner darauf hin, dass eine Weiterführung der Impfkampagne für weitere 6 Jahre geplant sei, um alle weiterführenden Schulen im Kreis Borken zu erreichen.

Punkt 7.5: Leserbrief des Herrn Pieper

Herr Haßenkamp informiert über einen Leserbrief des Herrn Pieper, in dem dieser das DRK angreife. In diesem Leserbrief werde behauptet, das DRK erhalte vom Kreis Borken für Maßnahmen 21 Mio. €, davon 9 Mio. € für Verwaltungskosten. Das sei natürlich vollkommener Unsinn. Bei den genannten 21 Mio. € handele es sich um das gesamte Eingliederungsbudget des Kreises. Das DRK sei nur ein Maßnahmeträger und erhalte natürlich nur einen geringen Anteil. Er wolle dieses nur klarstellen, da Herr Pieper anscheinend den Kreis Borken in seinen Privatkrieg zum Behindertenfahrdienst mit dem DRK hineinziehen möchte.

Punkt 8: Anfragen

Punkt 8.1: Bewertung von Wohnrechten im Rahmen der Sozialhilfe

Mitglied Schulte bittet um Mitteilung, ob die Information stimme, dass im Rahmen der Sozialhilfe eine Klägerin in einem Rechtsstreit gegen den Kreis Borken wegen der Anrechnung eines Wohnrechtes obsiegt habe und ob man gegen diese Entscheidung in die Berufung gehen werde. Zusätzlich wird darum gebeten, zu diesem Rechtsbereich den Ausschuss in einer Sitzung, deren Tagesordnung hierfür Zeit lässt, zu informieren.

Herr Groschke bestätigt, dass das Verwaltungsgericht Münster entschieden habe, dass es einer Hilfeempfängerin im Rahmen der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen nicht zuzumuten sei, gegen ihr Kind einen finanziellen Ausgleich für das nicht mehr in Anspruch genommene Wohnrecht geltend zu machen. Gegen diese Entscheidungen werde Berufung eingelegt, denn es dürfe nicht sein, dass hierdurch vertragliche Ansprüche entfielen. Außerdem sei man gerne bereit, zu gegebener Zeit über diese Rechtsproblematik ausführlicher zu berichten.

Hinweis:

Im Rahmen der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen werden vertragliche Leistungen auf den Kreis übergeleitet, so dass Eltern gegen ihre Kinder nicht selbst Ansprüche geltend machen müssen. In dem hier angesprochenen Fall handelt es sich allerdings um Pflegewohngeldansprüche nach dem Pflegewohngeldgesetz. Das Pflegewohngeldgesetz sieht eine Überleitung von Ansprüchen wie in der Sozialhilfe nicht vor, so dass hier die betroffenen Eltern ihre Ansprüche selbst geltend machen müssen.

Punkt 8.2: Versorgung von behinderten Menschen innerhalb der Familie

Vorsitzender Stilkenbäumer erinnert daran, dass Herr Liebig vom LWL in der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 08.05.2007 dargelegt habe, dass der LWL zur Zeit prüfe, ob und inwieweit eine Unterstützung bei der Versorgung behinderter Menschen innerhalb ihrer Familien möglich sei. Er bittet insofern als Anlage zur Niederschrift um Informationen, welche familienunterstützende Dienste im Kreis Borken tätig seien (Anlage 3).

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 18:55 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer
Vorsitzender

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer

